

Wolffsche



Zeitung

Begründet

1704

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin. \* Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 \* Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Der Friedensvertrag mit Rumänien unterzeichnet

Angriffe der Australier zwischen Ancere und Somme abgewehrt. — Erfolgreicher Vorstoß über den Aisne-Kanal.

Der Friede von Bukarest.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Bukarest, 7. Mai.

Der Friedensvertrag mit Rumänien ist heute um 11 Uhr vormittags von den Bevollmächtigten der vier verbündeten Mächte unterzeichnet worden.

Die feierliche Schlussfeier, in der die Unterzeichnung erfolgte, fand unter dem Vorsitz des Staatssekretärs v. Rühlmann im Schiffe Cotroceni und zwar in demselben Raume statt, in dem seinerzeit der Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg beschlossen wurde.

Der Friede wird den Namen „Friede von Bukarest“ führen. Der Wortlaut des Vertrages wird alsbald veröffentlicht werden.

Der Bericht des Hauptquartiers.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Großes Hauptquartier, 7. Mai.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An den Kampffronten war die Artillerietätigkeit in den Morgenstunden lebhaft. Tagsüber blieb sie meist gering.

Auf dem Nordufer der Eys scheiterten Vorstöße englischer Kompagnen. Zwischen Ancere und Somme setzte der Feind Australier zu nächtlichem Angriff an. Beiderseits der Straße Corbie-Bray konnten sie unsere vordere Linie erreichen; im übrigen brach ihr zweimaliger Ansturm schon vor unseren Posten verlustreich zusammen. Der Artilleriekampf hielt hier bis Tagesanbruch in großer Stärke an.

Südlich vom Brimont stießen Sturmabteilungen über den Aisne-Kanal in die feindlichen Stellungen bei Courcy vor und brachten Gefangene zurück.

An der übrigen Front vereinzelte Vorfeldkämpfe.

Osten.

In den Hafenanlagen von Marivopol wurden wir durch russische Schiffe beschossen.

Mazedonische Front.

Starke englische Abteilungen griffen gestern abend bulgarische Stellungen südlich vom Dojran-See an. Sie wurden abgewiesen.

Asiatischer Kriegsschauplatz.

Der Vorstoß englischer Brigaden von Jericho aus über den Jordan nach Ofen und Nordosten ist zum Scheitern gebracht worden. Nach erbitterten fünftägigen Kämpfen wurde der Feind in seine Ausgangsstellungen zurückgeworfen. Teile deutscher Truppen haben sich hierbei an Seite ihrer türkischen Kameraden hervorgetan. Die den Engländern abgenommene Beute ist erheblich.

Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

Die englische Niederlage in Palästina.

Rückzug über den Jordan.

Der englische Bericht aus Palästina und dem Gedschas meldet: Während der Nacht zum 3. Mai wurden unsere vorgeschobenen Truppen, die Es Salt besetzt hielten, zurückgenommen und die Wüstung östlich vom Jordan wurde in einer Linie aufgestellt, welche die Hauptflusübergänge deckt. Die Hauptmacht der Truppen wurde unmittelbar darauf über den Fluß zurückgezogen, wobei sie starke Wüstungen auf dem Ostufer zur Sicherung der Übergänge zurückließ. — Bei der Unternehmung östlich vom Jordan zwischen dem 30. April und dem 4. Mai nahmen wir einen deutschen und 43 türkische Offiziere und 42 deutsche und

848 türkische Soldaten gefangen, erbeuteten 24 Maschinengewehre, sechs Motorloren und einen Motorwagen und fügten dem Feinde außerdem wesentliche Verluste zu. — Die Streitkräfte des Königs von Hedschas griffen am 3. Mai türkische Wüstungen an, die an der Hedschasbahn bei der Station Wadyerdun, nördlich von Wom, arbeiteten, machten 25 Gefangene und beschädigten die Eisenbahnstrecke schwer.

Die Befreiung Finnlands.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Kopenhagen, 6. Mai.

Das finnische Hauptquartier meldet: Die Operationen zur Reinigung des Gebietes westlich und südwestlich von Savastehus wurden fortgesetzt. In den letzten Tagen wurden über 2000 Gefangene gemacht.

Unter Leitung des Generalmajors Lindner haben die Operationen gegen die noch kämpfende Rote Garde in der Gegend von Kotka und Frederikshamn zu neuen entscheidenden Ergebnissen geführt. Bei Ingernis machten wir 1500 Gefangene, eroberten 7 Geschütze und 20 Maschinengewehre. Am Sonntag morgen wurde Kotka erobert. Die Zahl der Gefangenen ist auf über 2000 gestiegen. Der Versuch der Roten Garde, auf dem Seewege nach Rußland zu entkommen, wurde von deutschen Kriegsschiffen verhindert. Die auf Frederikshamn vorrückenden Truppen erreichten Veropoki und machten über 3000 Gefangene.

Das Ostheer eroberte die Küstenbatterien bei Trongsund mit schweren Geschützen.

Neue U-Boot-Erfolge.

Ämtliche Meldung.

Berlin, 6. Mai.

An der Westküste Englands neuerdings versenkt: 16 500 Br.-Reg.-T. Sämtliche Schiffe waren tiefbeladen, einer der Dampfer wurde aus stark gesicherter Geleitzug herausgeschossen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Staatsministerium und Wahlrechts-Urfrage.

Die Schwertigkeiten, die sich auf dem Wege der Wahlrechtsvorlage häufen, haben zu einer Reihe von Gerüchten geführt, die den Rücktritt der maßgebenden Minister als bevorstehend bezeichneten. Demgegenüber wird uns aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt, daß das Staatsministerium nach wie vor völlig solidarisches und im Einvernehmen mit der Reichsleitung an der Durchführung des gleichen Wahlrechts arbeite. Schon die Tatsache, daß die Minister, deren Rücktritt angeblich bevorstehen soll, an den Beratungen des Abgeordnetenhauses weiter teilnehmen, beweise, daß von einer Krise nicht gesprochen werden kann.

Das Schicksal, das den Sicherungsanträgen des Zentrums heute zuteil geworden ist, scheint zwar die Aussichten, auf diesem Wege zu einer Verständigung zu gelangen, auf ein Mindestmaß zu verringern. Das schließt aber, so wird erklärt, nicht aus, daß eine Mehrheit in der dritten Lesung zustande kommt. Jedenfalls kommt der vom „Vorwärts“ heute angegebene Weg der Reichsgesetzgebung nicht in Betracht.

Wenn wirklich die Ablehnung endgültig erfolgen sollte, so wäre mit einem Vorgehen zu rechnen, das an die ähnlich gearteten Wahlrechtskämpfe in Ungarn anknüpft. Auch bei uns ist, wie man mit Sicherheit annimmt, der Träger der Krone fest entschlossen, der von ihm verheißenen Wahlreform die Bahn zu bereiten.

Eine gemeinsame Erklärung des Staatsministeriums, die diesen Laibstand über allen Zweifel erhebt, darf wohl erwartet werden. Ebenso gilt es als sicher, daß die Möglichkeit einer Auflösung nach wie vor in Betracht gezogen wird.

Parteiüberzeugung.

Die Zersplitterung der Nationalliberalen.

Von

Dr. Damm,

Oberverwaltungsgerichtsrat.

Nachdem am 28. April der Vertretertag der Nationalliberalen Partei in Preußen mit überwältigender Mehrheit sich zugunsten der Wahlrechtsvorlage der preussischen Regierung erklärt hatte, überraschte die Fraktion der Nationalliberalen im Abgeordnetenhaus ihre Wählerschaft mit der Tatsache, daß von insgesamt 70 stimmenden Mitgliedern 37 im Sinne jener Mehrheit, 33 aber dagegen ihre Stimmen abgaben. Wäre das Verhältnis 33 zu 33 oder 37 zu 32 gewesen, so würde die Analogie mit der Drachensaat des von der Göttheit genarrten Kadmus vollkommen sein. Denn die geharnischten Männer, die diesem alten Völkler erwachsen, brachten sich auch gerade bis auf fünf untereinander um. Unserer preussischen Nationalliberalen war das aber noch zu viel, sie glaubten, mit nur vier Stimmen bei einer d. r. wichtigsten Entscheidungen in unserem staatslichen Dasein hinreichend das Gewicht der Partei in die Waagschale des politischen Lebens geworfen zu haben. Angesichts dieser Satire auf die Partei ging alsbald das Gerücht um, daß eine Session stattfinden und die Mehrheit oder die Minderheit eine selbstständige Partei bilden oder doch wenigstens die bisherige Fraktionsgenossenschaft aufgeben würde. Dieses höchst glaubwürdige Gerücht ist allerdings sofort wieder Lügen gestraft worden. Mag nun aber auch die Fraktion des Abgeordnetenhauses tun, was sie will und nicht lassen kann: ihre Wähler werden es diesmal nicht mehr mitmachen, daß man ihnen sagt: schwarz ist nationalliberal, weiß ist aber auch nationalliberal. Die Wähler jeder Partei müssen gewöhnt sein, daß ihre Abgeordneten sie führen und leiten. Unter den gegenwärtigen Umständen ist indessen der Glaube an die nationalliberale Führerschaft abhanden gekommen. Ist das aber der Fall, so muß der Gedanke nach einer anderweitigen Orientierung bei den Wählern selbst auskommen, ja es muß sogar von diesen der Versuch gewagt werden, den Führern den rechten Weg zu weisen. Freilich kann man, wie der Politiker und Geschichtsschreiber Dahlmann treffend bemerkt, jedermann den Weg weisen, nur nicht dem, der nicht weiß, wohin er will. Und so liegt die Sache gegenwärtig bei der nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses. Die einen wollen rechts, die anderen links, niemand weiß, wohin die Reise gehen soll.

Unter Pennenigen wäre das nicht möglich gewesen. Der löbliche Grundgedanke der Entschließung nach der freien Überzeugung des einzelnen hat seine Grenze, wenn es sich um eine politische Partei handelt. Was im Leben dem einzelnen zur höchsten Ehre gereicht, daß er mit Mut, allen Widerständen zum Trotz, seine einmal gewonnene Überzeugung bis zum äußersten vertritt, wird zum nur noch beklagenswerten Sonderwiller innerhalb einer parlamentarischen Fraktion. Denn wer sich einer solchen anschließt, muß wissen, daß er damit einerseits teilnimmt an einer wirkungsvolleren politischen Machtgröße als es seine vereinzelte Stimme sein würde, andererseits aber auch im Rahmen der wesentlichen Richtlinien dieses Machtkörpers auf einen Eigenwillen verzichtet, wenn die Mehrheit sich in bestimmter Weise bei grundlegenden Fragen ausdrückt. Die eigene Beschäftigung wird dabei demjenigen um so leichter fallen, der davon durchdrungen ist, daß jede politische Entscheidung nichts anderes ist als eine Spekulation, bei der sich der eine ebensogut irren kann wie der andere, und daß der Erfolg unter Umständen überdies ein höchst trügerischer Lehrer ist. Wer aber diese Unterordnung unter den Fraktionswillen nicht mitmachen zu können glaubt, sondern im einzelnen Falle das mit der Aufgabe seiner eigenen Überzeugung dem Gewinne der Zugehörigkeit zur Fraktion zu bringende Opfer als zu hoch ansieht, dem bleibt die Freiheit des Austritts aus dieser unbenommen. Ein Drittes darf es aber nicht geben; der Wunsch, unter allen Umständen bei der Fraktion zu bleiben und in den für deren Bestand maßgebenden Fällen sich dennoch die eigene Meinung vorzubehalten, ist unvereinbar mit dem ganzen Fraktionsystem. Und auch mit dem Parteiystem.

Darüber kann ja nirgends ein Zweifel mehr bestehen, daß die Frage der Einführung der allgemeinen Wahlrechtsgleichheit in Preußen ein flammendes Stichwort für alle Parteien geworden ist. Die entschiedenen Konservativen sind dagegen, die entschiedenen Liberalen dafür, das Zentrum hat sich auch dafür entschieden, ein-